Einzelnummer 10 Milliarden

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich 2.31 Milliarden freibl.; Ausland 4 schweiz. Fr. einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höh. Gewalt schließt Erfüll. aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811. Ferngespr. 17089-17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigen-Tagespreis: Grundzahlen für Gesamtauflage: Die 12-gespaltene mm-Zeile 56 Mk. (auswärts 100 Mk.). Rabatt nach Tarif. Private Familienanzeigen 25 Mk. Gelegenheitsanz. priv. Natur u. Stellenangebote 25 Mk. Stellengesuche 18 Mk. Amtl. Anzeigen (Doppelmm-Zeile) 100 Mk., für ausw. 210 Mk. Reklamez. 425 Mk., für ausw. 560 Mk. Alles mal Schlüsselzahl 120 Millionen. Ausl. Mantaufschlag. Postscheckkonto Leipzig Nr. 3004. Erfüllungsort Leipzig.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig

Nr. 263 — Verantwortlich für den Text: Chefredakteur E. Goldstein, Leipzig. Verantwortlich für Inserate: Oswald Müller, Leipzig-Stannbof. Eigentum, Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. — Dienstag, den 6. November 1923 — Berliner Schriftleitung: Kochstraße 21 (Fernsprecher 3600—3683) Dresdner Schriftleitung: Gaveldbergerstr. 24 (Fernsprecher 34743) Hallesche Schriftleitung: Leipziger Straße 21 (Fernsprecher 8588) — 117. Jahrg.

Die außenpolitische Lage

5. November.

L. G. Aus der neuen Denkmalsrede des französischen Ministerpräsidenten ergibt sich ein ziemlich klares Bild unserer außenpolitischen Lage, wie sie sich im gegenwärtigen Augenblick darstellt. Sie könnte für uns verhältnismäßig günstig sein, wenn unsere innerpolitischen Zustände dazu geeignet wären, denen in der Welt, die unserer Sache, wenn auch nicht aus Liebe, so doch aus Eigennutz dienlich sein können, einiges Vertrauen einzuflößen. Mit jedem Tage hebt sich der Gegensatz zwischen Frankreich und England und der beiderseitigen Gefolgschaft unter den Nationen klarer vom weltpolitischen Horizont ab, und Poincaré hat in seiner letzten Rede die Hauptpunkte, um die es sich dabei handelt, deutlich umschrieben. Es ist zunächst die Frage der Reparationen, deren Existenz von der französischen Politik verneint wird, da sie, so hat Poincaré auch in Brives wieder erklärt, durch die früheren Abmachungen unter den Verbündeten geregelt sei. Es sieht tatsächlich so aus, als habe die französische Regierung der Berufung von Sachverständigen zur neuerlichen Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß dabei nichts wesentlich Neues herauskommen werde. „Wir haben unseren Verbündeten einen Beweis unserer Freundschaft gegeben, indem wir der neuen Abschätzung im Prinzip zustimmen, aber wir sind natürlich entschlossen, während und nach der Tätigkeit der Sachverständigen im Rahmen des Friedensvertrages zu bleiben." So spricht Poincaré und erbringt damit einen neuen Beleg dafür, daß Frankreich in den Reparationen von allem Anfang an nicht sowohl die Wiedergutmachung der Kriegsschäden als vielmehr das wie schleichendes Gift wirkende Mittel zur dauernden Niederhaltung der deutschen Nation, zur endlichen Zersetzung des Deutschen Reiches gesehen hat. Damit stimmt es auch vollkommen überein, wenn Poincaré die Summe der bis heute bezahlten Reparationen in einer Weise berechnet, die uns keine Hoffnung läßt, die Schuldenlast in irgendeiner absehbaren Zeit abtragen zu können. Auf der einen Seite die Weigerung, von einem völlig unsinnigen und daher unaufbringlichen Betrage einen erheblichen Nachlaß zu gewähren, auf der anderen das System, die Ratenzahlungen in einer böswillig ausgetüftelten und wucherischen Weise in Rechnung zu stellen: man könnte nicht klarer zum Ausdruck bringen, daß man in Wahrheit nicht Wiedergutmachung, sondern Vernichtung plant.

Nicht minder hinterlistig ist die Art, wie Poincaré von der sogenannten Sicherheit gegen künftige Angriff Deutschlands spricht, indem er von diesem Punkte aus auf die Abfallbewegung im Rheinland zu sprechen kommt. Dieser Begriff der „Sicherheit" ist ja von Haus aus so unbestimmt, daß er sich zur Begründung so ziemlich jeden Unternehmens gegen das Deutsche Reich gebrauchen läßt. Diesmal geschieht es im Zusammenhang mit den von Frankreich offen unterstützten Sonderbundsbestrebungen im besetzten Gebiet. Frankreich, so lautet etwa der Poincaréische Gedankengang, treibt die Sorge um seine „Sicherheit" nicht so weit, deutsches Gebiet in Besitz nehmen zu wollen; wenn aber Gruppen der deutschen Bevölkerung „ihre Freiheit ausrufen", d. h. vom Reiche abfallen würden, dann wäre es nicht Frankreichs Aufgabe, dem entgegenzutreten. Die innere Verlogenheit dieser These liegt auf der Hand, wenn man weiß, daß die Abfallbewegung im Rheinland eine wesentlich französische Machenschaft ist, die der Freiheit der rheinischen Bevölkerung ins Gesicht schlägt.

Es ist offenkundig, daß die Rede von Brives vornehmlich an Englands Adresse gerichtet war, das auf eine Ermäßigung der Reparationen auf einen mit der wirtschaftlichen Existenz Deutschlands vereinbaren Betrag abzielt und in den französischen Umtrieben im Rheinland eine schwere Bedrohung des immer wieder als Hauptregel der englischen Europapolitik auftauchenden „Gleichgewichts der Mächte" erblickt. Sind wir in der Lage, von der Unterstützung, die uns aus solchen Zusammenhängen heraus von jenseits des Kanals zuteil werden könnte, den gehörigen Gebrauch zu machen? Wir sind es in Ansehung unserer innerpolitischen Verhältnisse offenbar nicht, und das Echo der englischen Stimmen zu Poincarés jüngster Rede läßt uns, wenn wir schärfer hinhorchen, bereits das Bedauern darüber vernehmen, uns ein so wenig vertrauenerweckendes Schauspiel darbieten zu sehen. Denn welches Vertrauen in die Ernsthaftigkeit unserer Staatsmänner soll es erwecken, wenn die Reichspolitik von einer Krise in die andere taumelt; welches Vertrauen in die Stetigkeit unserer Verhältnisse, wenn in aller Oeffentlichkeit bewaffnete Banden auftreten und Forderungen an die Reichsregierung zu stellen wagen; welches Vertrauen endlich in unseren Willen zum Zusammenhalt, wenn ein so einflußreicher Mann wie Herr Stinnes sich nicht scheut, im gegenwärtigen, denkbar ungeeignetsten Augenblick rheinischen Abtrennungsplänen das Wort reden zu lassen? Sicherlich gibt es in Deutschland eine Mehrheit ehrlicher Patrioten und besonnener Bürger. Doch ist es Zeit, daß sie sich endlich denen gegenüber bemerkbar machen, deren Unbesonnenheit und Mangel an Patriotismus das Vaterland zu verderben drohen.

Der Rechtsbolschewismus auf dem Sprunge

Vorbereitungen für ein schwarz-weiß-rotes November-Verbrechen — „Nationale Diktatur" Die Rolle des Kriegsverlierers Ludendorff

Berlin, 5. November. (Eig. Tel.) Die Nachrichten über die Putschabsichten der Nationalisten zur Errichtung einer Rechtsdiktatur verdichten sich immer mehr dahin, daß am 8. November losgeschlagen werden soll. Am 9. November, demselben Tage, an dem vor fünf Jahren die Republik proklamiert wurde, soll die nationale Diktatur ausgerufen werden. Wie die „Voss. Ztg." meldet, wird von den Deutschnationalen und Deutschvölkischen nicht nur in Bayern, sondern auch in Norddeutschland gerüstet. Die Geheimorganisationen treffen ihre Vorbereitungen in Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Mecklenburg und noch anderen Teilen des Reiches.

Wenn auch die Alarmmeldungen über diese Vorgänge auf ein richtiges Maß zurückgeführt werden müssen, so besteht doch zweifellos eine nicht zu unterschätzende unmittelbare Gefahr. Bezeichnend für die ganze Putschbewegung ist, daß ihre Führer sich zwar einig sind in ihrem Haß gegen die Republik, aber durchaus uneinig in ihren weiteren Zielen. General Ludendorff, der zweifellos als Drahtzieher hinter den Kulissen steht wie 1920 beim Kapp-Putsch, will die nationale Diktatur mit militärischer Spitze, Kahr tritt für die Errichtung der Diktatur auf legalem Wege ein, und die Deutschnationalen schwärmen für ein „Direktorium". Dieses Direktorium soll aus dem früheren Stinnes-Generaldirektor Minoux, dem früheren Krupp-Direktor und jetzigen deutschen Botschafter in Washington, Dr. Wiedfeldt, dem bayrischen Reichsfreiherrn Dr. von Geyl und dem Kampfbundführer v. Oppen bestehen. Diese Liste — so meint die „Vossische Zeitung" — lasse vielleicht auch gewisse Schlüsse darauf zu, woher die ungeheuren Geldmittel für die Kampfverbände flössen und wer den geplanten Putsch finanziere, der eine schwerindustriell-agrarische Diktatur über Deutschland aufrichten soll.

Die Reichsregierung und die preußische Regierung erklären, daß sie ihre Abwehrmaßnahmen getroffen hätten. Es wird versichert, daß die in Thüringen versammelten Reichswehrtruppen vollkommen ausreichen, um jeden Versuch der bayrischen Kampfverbände, vorzustoßen, im Keime zu ersticken. Auch gegen die Putschvorbereitungen in Norddeutschland seien von der Reichsregierung und der preußischen Regierung die nötigen Abwehrmaßnahmen getroffen worden.

Magdeburg, 5. November. (Eig. Tel.) Am gestrigen Sonntag tagten in Magdeburg die aus allen Landesteilen des Reiches telegraphisch nach Magdeburg beorderten Mitglieder des Bundesvorstandes des „Bundes der Frontsoldaten". Als Ergebnis der Sitzung wurde eine Entschließung an den Reichskanzler gedrahtet, die heute auch persönlich dem Reichskanzler durch die Berliner Geschäftsstelle des „Stahlhelmes" überreicht werden soll. Sie lautet: „Wie im August 1914 so treten auch heute in schärfster vaterländischer Not die deutschen Frontkämpfer auf den Plan. Im Namen von Millionen ehemaliger Soldaten wendet sich der am 4. November in Magdeburg zusammengetretene Bundesvorstand des „Stahlhelm" (Bund der Frontsoldaten) an Sie, Herr Reichskanzler, mit der Forderung, nunmehr umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen, die nicht durch Parlamente und Interessenverbände gehindert ist. So geht es nicht weiter! Man verhandelt, aber man handelt nicht. Millionen hungern, Tausende schlemmen. Inzwischen reißen Lumpen Teile des deutschen Vaterlandes ab. Nur die sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur kann Deutschland retten. Wir verlangen nun von Ihnen, Herr Reichskanzler, daß Sie diese Diktatur umgehend schaffen. Warum machen Sie von den in Ihrer Hand befindlichen Machtmitteln nicht restlos Gebrauch? Handeln Sie, damit nicht andere handeln! — Der Bundesvorstand des Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten)."

Ein Verlegenheitsmittel

Berlin, 5. November. (Eig. Tel.) Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, ist das Reichskabinett zu einer Besprechung über die politische Lage zusammengetreten, um sich vor allen Dingen auch mit der Bildung der illegalen Kampfverbände an der bayrisch-thüringischen Grenze zu befassen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Reichsregierung einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen wird, worin zum Schutz der Verfassung aufgefordert werden wird.

Dr. Jarres Reichsinnenminister?

Das Reichskabinett hat sich nicht nur mit der Frage der militärischen Sicherungen gegen die bayrischen Freischärler, sondern auch mit der wichtigen Frage des Brotpreises und schließlich auch mit der Ergänzung des Kabinetts befaßt. Zunächst ist an die Besetzung des Reichsministeriums des Innern mit einem Oberbürgermeister aus dem besetzten Gebiet gedacht. Gemeint dürfte der Oberbürgermeister von Duisburg Dr. Jarres sein, der in der deutschen Volkspartei ziemlich weit rechts steht. Das Wiederaufbauministerium soll aus Sparsamkeitsgründen nicht besetzt werden. Ueber den neuen Justizminister ist noch keine Entscheidung getroffen.

Frankreichs planmäßige Zerstörungspolitik

Paris, 5. November. (Eig. Tel.) Die Berliner Meldungen der französischen Blätter berichten übereinstimmend, daß in Deutschland ernste innere Konflikte zu erwarten seien. Das Publikum in Frankreich steht den deutschen Schwierigkeiten ohne Verständnis und mit voller Gleichgültigkeit gegenüber. In den besser unterrichteten Kreisen herrscht unverkennbar Befriedigung über die Wirren in Deutschland vor. Man scheint fast durchweg die Ueberzeugung zu haben, daß ein im Innern erschüttertes Deutschland die beste Garantie für Frankreichs Sicherung darstelle. In den extremen nationalistischen Kreisen wünscht man offen einen Ausbruch der Reaktionäre, der alle Verständigungsaussichten vernichten und die völlige Abschnürung des besetzten Gebietes ermöglichen würde.

Die französische Regierung ist allem Anschein nach bestrebt, jede Entscheidung in der Reparationsfrage möglichst hinauszuschieben, damit den erwarteten Ereignissen in Deutschland freier Lauf gelassen werde. Frankreich wird nicht nur versuchen, die Regelung hinauszuschieben, sondern es wird auch einen Bruch mit den Verbündeten und mit Nordamerika zu verhüten suchen, da sonst die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit schneller, als Frankreich es wünscht, beginnen könnte. Auch wird von französischer Seite sicherlich alles unternommen werden, um diese Prüfung möglichst lange dauern zu lassen.

*

London, 5. November. (Eig. Tel.) Wie der „Daily Telegraph" meldet, wird die Reichskonferenz Anfang dieser Woche die französischen Noten besprechen, in denen Poincaré auf Abänderung des Textes des Einladungsschreibens an Washington besteht. Das offizielle Blatt meldet, es stehe fest, daß die Bemühungen der englischen und der belgischen Regierung, Frankreich zur Annahme einer Kompromißformel zu bewegen, die dem Sachverständigen-Ausschuß den notwendigen Spielraum gäbe, gescheitert seien, so daß anscheinend abermals ein englischer Versuch, die Reparationsfrage zu lösen, auf einem toten Punkt angelangt sei. Man wisse, daß Staatssekretär Hughes am Freitag mit dem französischen Geschäftsträger in Washington gesprochen habe. Der amerikanische Botschafter in Paris habe am Sonnabend in einer Unterredung mit Poincaré zweifellos seinerseits über den amerikanischen Standpunkt gesprochen. Alles hängt jetzt davon ab, was die für heute angesetzte Unterredung zwischen Staatssekretär Hughes und dem gestern aus Frankreich nach Washington zurückgekehrten Botschafter Jusserand für Ergebnisse haben würde.

Fast alle englischen Blätter stimmen überein, daß in Brüssel augenblicklich eine besondere diplomatische Aktivität herrsche, da die belgische Regierung in Gesprächen mit den Botschaftern Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten nichts unversucht lasse, um ein Zustandekommen des Sachverständigenausschusses unter vernünftigen Bedingungen zu fördern.

Der „Daily Chronicle" faßt die Folgerungen, die man aus der gestrigen Rede Poincarés ziehen könne, wie folgt zusammen: Poincaré habe der Welt seine unentwegte Entschlossenheit bekundet, es Deutschland unmöglich zu machen, Zahlungen zu leisten, und die deutsche Reichseinheit zu zerreißen, um Frankreich die Herrschaft über Rhein und Ruhr zu verschaffen, wie sie Napoleon nach der Schlacht von Jena erlangt habe. Es sei lächerlich, wie Poincaré behaupte, daß man den Friedensvertrag nicht dazu benutzen dürfe, das „Selbstbestimmungsrecht" der Bewohner eines deutschen Gebietes zu beschränken.

Paris, 5. November. (Eig. Tel.) Havas veröffentlicht eine Meldung aus New York, in der es heißt: Nach einer Information der „Associated Preß" über die augenblicklichen Verhandlungen hinsichtlich des Zusammentretens einer Sachverständigenkonferenz verlautet in amerikanischen Bankkreisen, daß man die Bankwelt der Union eventuell auffordern werde, eine deutsche Anleihe in den Vereinigten Staaten unterzubringen. Obwohl die Bankkreise im allgemeinen die Lösung der Reparationsfrage zu erleichtern wünschten, so seien doch zahlreiche hervorragende Finanzleute der Ansicht, daß die beabsichtigte Konferenz unnütz sein würde, wenn Frankreich nicht seine Zustimmung dazu gebe, daß man die Frage einer Herabsetzung der deutschen Schuld prüfe. Diese Kreise vertreten die Auffassung, daß andernfalls der Unterbringung einer deutschen Anleihe in den Vereinigten Staaten beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenständen. Sie glaubten, daß man

Neue Vervielfachungen

In Berlin und in Leipzig setzte sich die Angleichungshausse der Effekten unvermindert fort. Versechsfachte Kurse waren an der Tagesordnung. Vereinzelt wurden Steigerungen von über 30 Billionen Prozent erzielt. Begründet wird diese Aufwärtsbewegung mit der ungeheuren Spannung zwischen dem New Yorker Mark- und dem Berliner Dollarkurs. Man glaubt, daß die Spannung über kurz oder lang zu einem kräftigen Hochschnellen des Dollarkurses führen müsse.

Dollar in Berlin

amtl. Mittelkurs: **420 Milliarden**

1 Goldmark:

99,75 Milliarden Geld — 100,25 Milliarden Brief

Goldanleihe 420 Milliarden

Dollarschatzanweisungen — Milliarden

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse 5.	Parität in Milliarden 5		Vorbörse 5.	Parität in Milliarden 5
Berlin	1.000000000	3333.3	Amsterd.	38.70	1290
London	446.75	14889.1	Prag	—	—
Paris	579.50	19[illegible]	Kopenhg.	—	—
Mailand	448	14[illegible]	Stockh.	—	—
Zürich	17.76	592	Christ.	—	—